



Außenstelle Kiew
www.kas.de/ukraine

Kiew, 04. Mai 2007

Neue Erlasse des Präsidenten und Verhandlungen um Beilegung der Krise in Kiew

Einen Monat nach dem ersten Ukas des ukrainischen Präsidenten zur Auflösung des Parlaments ringen die Konfliktparteien um eine Kompromisslösung. Juschtschenko stärkte zuletzt mit neuen Erlassen und personellen Veränderungen seine Verhandlungsposition. Währenddessen entfremdet sich die Politik durch den Dauerkonflikt zunehmend von der ukrainischen Gesellschaft. Aktuelle Umfragen deuten außerdem auf eine stärkere Zustimmung für den Präsidenten und die Volksunion „Nascha Ukraina“ hin.

Nico Lange

Die akute politische Krisensituation in der Ukraine dauert bereits länger als einen Monat an. Die fortwährende persönliche Auseinandersetzung zwischen den Hauptakteuren entfernt sich dabei zunehmend von der öffentlichen Meinung und den realen politischen und gesellschaftlichen Problemen der Ukraine. Viele der Aktionen und Argumentationen aus dem Kiewer Mikrokosmos sind nur noch unter Mühen nachvollziehbar. Eine schnelle Auflösung der Situation ist dringend erforderlich.

ANATOMIE DER KIEWER MISERE

Entfesselt wurde die aktuelle Krise durch den Erlass des Präsidenten vom 02. April 2007. Mit diesem Ukas löste Juschtschenko das Parlament auf und setzte vorgezogene Neuwahlen für den 27. Mai an. Bereits seit den Parlamentswahlen 2006 hatte sich ein verbissener Machtkampf zwischen Ministerpräsident und Präsident schrittweise zugespitzt. Infolge falschen Taktierens und persönlicher Eitelkeiten war es den ehemals „orange“ Kräften nach den Parlamentswahlen nicht gelungen, eine vereinte Regierungskoalition zu bilden. Dies beförderte die Formierung der sogenannten „Anti-

Krisen-Koalition“ aus Partei der Regionen, Kommunisten und Sozialisten sowie die Übereinkunft des „Pakts der Nationalen Einheit“ zwischen Präsident Juschtschenko und dem Parteivorsitzenden der Partei der Regionen Viktor Janukowitsch. Die getroffene Vereinbarung ermöglichte es Janukowitsch, erneut als Ministerpräsident die Führung der Regierung zu übernehmen. Nach seinem Amtsantritt forcierte er eine Politik, die mit den alleinigen Zielen des persönlichen Machtgewinns und der Schwächung des Präsidenten den „Pakt zur Nationalen Einheit“ und andere Vereinbarungen konsequent unterließ. Stark begünstigt wurden diese Bestrebungen durch die gravierenden Mängel im ukrainischen Verfassungstext und die eklatanten handwerklichen Fehler der im Januar 2006 in Kraft getretenen Verfassungsänderungen. Zuletzt entließ Janukowitsch die vom Präsidenten ernannten Minister aus dem Kabinett und brachte durch ein temporäres Zweckbündnis mit Julia Timoschenko das präsidentielle Veto gegen das „Gesetz über das Ministerkabinett“ zu Fall, um weitere Kompetenzen an sich zu ziehen. Schließlich bewerkstelligte die Regierungskoalition zahlreiche Wechsel von Oppositionsab-

geordneten ins Regierungslager und kündigte öffentlich bereits vollmundig an, auf diese Weise eine verfassungsändernde Mehrheit von 300 Abgeordneten zustande zu bringen. In Reaktion darauf verkündete Präsident Juschtschenko seinen verfassungsrechtlich streitbaren Erlass.

Die Regierungskoalition verweigerte die Auflösung der Werchowna Rada und 53 Abgeordnete reichten Verfassungsklage ein. Das Verfassungsgericht nahm die Klage an und beriet ab dem 17. April täglich. Während der Sitzungen wurden schwerwiegende Korruptionsvorwürfe gegen die berichterstattende Richterin Stanik erhoben. Die Opposition sprach dem Gericht die Unabhängigkeit ab und war bemüht, den Konflikt mit neuerlichen Massenaktionen aus dem Gerichtssaal wieder auf die Straße zu tragen.

Am 26. April sprach der Präsident einen weiteren Ukas aus. Er annullierte das Dokument vom 02. April, löste das Parlament erneut auf und setzte den Termin für die Neuwahlen nunmehr auf den 24. Juni fest. Juschtschenko reagierte somit zum einen auf die unter anderem auch durch den Europarat geäußerte Kritik, dass der Termin im Mai eine zeitgerechte Vorbereitung der Wahlen und eine Chancengleichheit der Parteien nicht garantieren könne. Zum anderen entzog er mit der Annullierung dem Verfassungsgericht den Verhandlungsgegenstand. Auch gegen den Erlass vom 26. April reichten die Parlamentarier der Regierungskoalition bereits wieder Verfassungsklage ein.

NEUE ERLASSE BRINGEN DEN PRÄSIDENTEN IN EINE STÄRKERE VERHANDLUNGSPPOSITION

Neben dem Versuch des Erzwingens einer Ablehnung des präsidentiellen Erlasses vom 02. April durch das Verfassungsgericht unternahm die Regierungskoalition in den letzten Wochen zahlreiche Anstrengungen, die Durchsetzung der Politik des Präsidenten zu verhindern. Partei der Regionen, Sozialisten und Kommunisten organisieren seit Anfang April Massenproteste in Kiew, zu denen tausende, nachweislich

bezahlte Ostukrainer in die Hauptstadt transportiert werden. Die Werchowna Rada tagt trotz ihrer Auflösung und unter Abwesenheit der Oppositionsfraktionen ununterbrochen weiter. Zu den „Beschlüssen“ (keine Gesetze), die dort ohne Rechtsgrundlage gefasst werden, gehörten zuletzt die Einleitung eines Impeachment-Verfahrens gegen Juschtschenko und die Ansetzung gleichzeitiger Parlaments- und Präsidentschaftswahlen für Dezember 2007. Weiterhin versuchen die Regierungskräfte durch vielfältige Behinderungen, die Umsetzung der formell rechtskräftigen Erlasse des Präsidenten zu verschleppen oder zu blockieren. Das Zentrale Wahlkomitee war durch vorsätzliche Krankmeldungen über Wochen arbeitsunfähig. Der von Janukowitsch kontrollierte Generalstaatsanwalt Medwedko nahm in den Korruptionsaffären keinerlei Ermittlungen auf und weigerte sich, Verfahren gegen Angehörige des Regierungslagers einzuleiten. Vertreter der Partei der Regionen kündigten einen vollständigen Boykott der Neuwahlen in den Wahlbezirken der Ostukraine an.

Mit einer ruhigen, sachlichen und seriösen Fernsehansprache, die direkte Angriffe auf den Gegner vermied, und einem öffentlichen Auftritt auf dem „Europäischen Majdan“ ging Juschtschenko zuletzt in der Auseinandersetzung stärker in die Offensive. Neben dem zweiten Erlass zur Parlamentsauflösung reagierte er auch mit personellen Konsequenzen. Für den untätigen Generalstaatsanwalt Medwedko setzte der Präsident Svyatoslav Piskun in das Amt ein, der nun stärker juristisch gegen die Behinderungen der Ausführung der Ukase vorgehen soll. Außerdem entließ Juschtschenko zwei Verfassungsrichter aus der sogenannten „Quote des Präsidenten“, denen Verletzung des Amtseids vorgeworfen wird. Beide waren noch von Juschtschenkos Amtsvorgänger Kutschma zu Verfassungsrichtern ernannt worden.

Ob sich auf diese Weise die Neuwahlen tatsächlich im Sinne des präsidentiellen Erlasses durchsetzen lassen, bleibt jedoch ausgesprochen fraglich. Realistische Aussichten auf eine Beilegung der

Krise und die Durchsetzung von Neuwahlen bestehen nur durch einen echten Kompromiss und die explizite Zustimmung aller wesentlichen politischen Kräfte. Durch den neuen Ukas zur Parlamentsauflösung und die personellen Veränderungen hat Präsident Juschtschenko seine Verhandlungsposition jedoch stärken können.

MÖGLICHE KOMPROMISSLÖSUNGEN STELLEN WAHRSCHEINLICH NUR EINE VORÜBERGEHENDE BEILEGUNG DES KONFLIKTS DAR

Bei aller extremen Konfliktrhetorik - wie beispielsweise zuletzt im völlig übertriebenen Hilferuf der Regierungskoalition an europäische Institutionen wegen eines bevorstehenden „Panzereinsatzes“ des Präsidenten - sollte man nicht übersehen, dass die Gegner der Auseinandersetzung ununterbrochene und funktionierende Kommunikationsmechanismen etabliert haben. Seit einiger Zeit treffen sich Juschtschenko und Janukowitsch beinahe täglich. Schon vor einer Woche signalisierten beide Seiten, dass man sich auf dem Weg zu einer Einigung befände. Die in der Öffentlichkeit vorgebrachten Maximalforderungen und moralisch aufgeladenen Beschuldigungen dienen vor allem der Mobilisierung des eigenen Elektorats und entsprechen im Übrigen der maximalistischen Verhandlungskultur postsowjetischer Tradition.

Welche der zahlreichen im Raum stehenden Lösungsmöglichkeiten letztlich greifen wird, ist momentan kaum absehbar. Offensichtlich scheint jedoch, dass ein auf diese Weise ausgehandelter Kompromiss nur eine vorläufige Befriedung der Situation erreichen kann. Die Schief lagen in der unzulänglichen Verfassungsordnung, die Widersprüche in der auf die Personen konkreter Amtsinhaber zugeschnittenen Gesetzgebung und die permanente zynische Missachtung des Rechtsstaats durch die politischen Eliten machen es wahrscheinlich, dass die Konfrontationen zwischen Parlament und Präsident periodisch wieder eskalieren werden. Für eine Verhandlungslösung, die über einen kurzsichti-

gen Kompromiss hinausgeht, fehlen momentan die Grundlagen.

NEBENAkteure MOROS UND TIMOSCHENKO SIND PROBLEMATISCH

Zusätzliche Schwierigkeiten für eine politische Einigung stellen die zunehmend radikalen und unberechenbaren Nebenaakteure Oleksandr Moros und Julia Timoschenko dar. Bereits jetzt reagieren beide auffallend nervös auf Meldungen über Verständigungstendenzen zwischen den Hauptkontrahenten. Parlamentssprecher Moros hat nichts zu verlieren. Nach dem Seitenwechsel im letzten Sommer und der öffentlichen Diskreditierung streiten sich bereits andere Parteien offen um die ehemaligen Wähler seiner Sozialistischen Partei. Das Problem für Julia Timoschenko ist, dass sie im aktuellen Konflikt zwischen Präsident und Regierungschef keine Hauptrolle spielen kann. Ihre Position ist politisch nicht entscheidend und sie hat große Mühe für ihre Unterstützer überhaupt sichtbar zu bleiben. Die vorgezogenen Wahlen, die der Präsident jetzt mit seiner Entscheidung herbeiführen will, sind nicht die Neuwahlen, für die Timoschenko bereits seit Monaten immer wieder selbst Szenarien entworfen hatte. Es sind die Neuwahlen Juschtschenkos, an deren Ausgang sich die selbsternannte Oppositionsführerin nicht zwangsläufig auf dem Stuhl der Ministerpräsidentin der Ukraine wiederfinden wird.

WACHSENDE GLEICHGÜLTIGKEIT UND ENTFREMDUNG DER UKRAINISCHEN GESELLSCHAFT

Die Wahlvorbereitungen innerhalb der politischen Parteien werden unterdessen vorangetrieben. Für die Durchführung der Neuwahlen haben sich die Volksunion „Nascha Ukraina“, die kleinen Parteien der rechten Mitte und die Bewegung von Juri Luzenko zu einer Wahlliste konsolidiert. Die letzten Umfragen zeigen eine Stärkung des Präsidenten und von Nascha Ukraina. Die Partei der Regionen erzielte demnach 35,4 Prozent, die Kommunisten 4,2 Prozent, der Block „Unsere Ukraine“ aus Nascha Ukraina, Ruch, Ukrainischer Volkspartei und der Bewegung Juri Luzenkos 17,6 Prozent,

der Block Julia Timoschenko 19,6 Prozent. Beliebtester Politiker bleibt Viktor Janukowitsch mit 35 Prozent Zustimmung, die Zustimmungsrate von Julia Timoschenko liegt bei 16 Prozent. Das persönliche Rating des Präsidenten Juschtschenko stieg im Verlauf der Krise von 12 auf derzeit 20 Prozent.

Die Bürger zwischen Lemberg und Luchansk gehen unterdessen ungerührt ihren Alltagsbesorgungen nach. Die Medien zeigen keine Sondersendungen, hohes öffentliches Interesse oder Mobilisierung durch die Krise sind kaum mehr erkennbar. Der innerhalb der politischen Eliten stattfindende Konflikt weist nach der Meinung vieler Bürger keinerlei Verbindungen zu ihrem täglichen Leben auf. Die Ukrainer sind von den Ergebnissen der Orangen Revolution enttäuscht und müde von den seit Jahren schwellenden Machtkämpfen. Sie fühlen sich von den politischen Amtsträgern kaum repräsentiert und wollen endlich Antworten auf die drängenden inhaltlichen Fragen der weiteren Entwicklung der Ukraine. Das offensichtliche Machtgezerre der Eliten und die inhaltliche Ideenlosigkeit, ihre schamlose Bereicherung und das fast schon aristokratische Selbstverständnis der Politiker tragen dazu bei, die Politik weiter von der Gesellschaft zu entkoppeln.

PROBLEME DER KONSOLIDIERUNG UND GESTIEGENE REFORMBEREITSCHAFT

Für die Konsolidierung der ukrainischen Demokratie offenbaren sich in der aktuellen Krise drei sehr besorgniserregende Entwicklungen. Zum einen wird die desolante Situation des ukrainischen Rechtsstaats in dieser Krise geradezu exemplarisch deutlich. Geltendes Recht und demokratische Institutionen werden von den politisch Handelnden fast ausschließlich als Instrumente zum Erreichen kurzfristiger persönlicher Ziele angesehen. Dass jetzt auf dem zentralen Platz „Majdan“ in Kiew die Großbildschirme ununterbrochen den Buchtitel der ukrainischen Verfassung einblenden, erscheint vor diesem Hintergrund absurd. Zum zweiten werden die aus dem schwierigen Transformationsprozess der

Ukraine hervorgegangenen fragilen Institutionen und das ohnehin schon mangelhafte politische System entwertet und destabilisiert. Schließlich zeichnet sich die deutliche Tendenz einer umfassenden Delegitimierung der politischen Eliten ab – unabhängig davon, ob „orange“ oder „blau“.

Die erneute Eskalation der Krise in der Ukraine zeitigt in der Gesellschaft aber durchaus auch positive Effekte. Die deutliche Distanz der Bürger zum Konflikt hat unter anderem zur Folge, dass selbst die bezahlten Demonstranten oder die Teilnehmer der öffentlichen Kundgebungen in keiner Weise dazu bereit sind, sich mit körperlicher Gewalt für den Konflikt einzusetzen. Trotz mehrfachem direktem Aufeinandertreffen, dem Abhalten von gegnerischen großen Meetings in Sichtweite voneinander und aufputschender Rhetorik bleiben die Auseinandersetzungen in Kiew absolut friedlich. Außerdem stiegen sowohl die Kenntnisse über Verfassungs- und Gesetzestexte sowie das Bewusstsein für eine sorgfältig ausgearbeitete Verfassungsordnung und professionelle Gesetzgebung deutlich an. Vor dem Hintergrund der günstigen Bedingungen der Medienfreiheit und der Freiheit der Zivilgesellschaft ist es künftig zu erwarten, dass eventuelle neue Verfassungsreformen und Entwürfe für Gesetzestexte sich wesentlich stärker als vorher öffentlichen Diskussionen stellen werden müssen. Bei den ukrainischen Bürgern setzt sich des Weiteren zunehmend die Erkenntnis durch, dass ohne tiefgreifende Justizreformen und institutionelle Anpassungen keine nachhaltige Entwicklung ihres Landes möglich sein wird. Ein Kiewer Bürger brachte es kürzlich im Fernsehen wie folgt zum Ausdruck: „Es wird Zeit, einen Strich zu ziehen, endlich eine vernünftige Verfassung zu schreiben und ab morgen nach den Gesetzen zu handeln.“

Konrad Adenauer Stiftung
Außenstelle Kiew

Verantwortlich: Nico Lange

wul. Schowkowschtschna 10/4,
01021 Kiew
Ukraine

office@adenauer.kiev.ua
www.kas.de/ukraine